

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 08 86 845-48 ppbn d



Inhalt

Bundesminister Rainer
Offergeld unterstreicht
den Beitrag des DGB für
die Entwicklungspolitik.

Seite 1/2

Staatsminister Klaus
von Dohnanyi sieht gute
Chancen für den deutsch-
chinesischen Handel.

Seite 3

SPD-Sprecher Lothar
Schwartz kritisiert das
Schweigen der CDU/CSU
zum Rechtsradikalismus.

Seite 4/5

Udo Fiebig MdB plädiert
für sachliche Gespräche
zwischen SPD und Bundes-
ärztekammer.

Seite 6

Herausgeber und Verleger:

Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 37 86 11

33. Jahrgang / 100 / 30. Mai 1978

Weltwirtschaftlichen Strukturwandel mitgestalten

Soziale Erfahrung des DGB für Entwicklungspolitik von
großem Nutzen

Von Rainer Offergeld MdB
Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Als Gewerkschaftsmitglied und als Bundesminister für
wirtschaftliche Zusammenarbeit freue ich mich und begrüße
ich, daß sich die deutschen Gewerkschaften auf dem 11.
Ordentlichen Bundeskongreß des Deutschen Gewerkschaftsbun-
des in Hamburg erneut so deutlich zur internationalen Soli-
darität bekannt haben. Die Entschlüsseungen enthalten wich-
tige Akzente, die ich voll unterstreichen kann:

Die Forderung nach einer Entwicklungspolitik, die vor-
rangig Bedürfnisse der breiten Bevölkerung in den Entwick-
lungsländern befriedigen hilft, nach einer Industriali-
sierung in den Entwicklungsländern, die besonders die Bin-
nenkaufkraft stärkt, nach einer gerechteren Verteilung der
Einkommen und Vermögen zwischen den armen und reichen Län-
dern dieser Welt.

Nach allem, was in letzter Zeit in Gesprächen mit Gewerk-
schaftsvertretern zu spüren war, wird diese Willensbildung
auf dem DGB-Kongreß keine vereinzelte Äußerung bleiben. Ich
werte sie als Ausdruck einer ständigen Sorge und Bemühung
um die Mitgestaltung der Entwicklungspolitik. Die Gewerk-
schaften haben die soziale Erfahrung und das Wissen, wie für
das Wohl und das Recht der Armen, Abhängigen und Unter-
drückten gestritten und gesorgt werden muß.

In Hamburg beschloß jetzt auch der Internationale Bund
Freier Gewerkschaften, in dem der DGB ein gewichtiges
Mitglied ist, die Charta "Für eine neue Wirtschafts- und
Sozialordnung". Schon jetzt ist zu sagen, daß sie Dank und
Anerkennung verdient. Dank für wichtige Anregungen zur

Sache. Anerkennung für die Fähigkeit, in einer so schwierigen Materie partikuläre Interessen zurückzustellen und eine gemeinsame Position dieser weltweiten Organisation zu erarbeiten.

Es ist erfreulich, daß der DGB die internationale Arbeitsteilung bejaht und die Industrialisierung der Entwicklungsländer begrüßt. Arbeitsteilung bedeutet auch, den damit verbundenen Strukturwandel zu akzeptieren, ihn mitzugestalten. Wir haben es z.B. nicht nur möglich gemacht, größter Importeur der Welt für Textilien zu werden und damit viele Arbeitsplätze in der Welt draußen zu schaffen, wir sind gleichzeitig auch der Welt größter Exporteur an Textilien geworden. Die Entwicklungsländer und wir haben von Anpassung und Umstellung Gewinn. Dies zeigt sich auch in unserem Handel mit den Entwicklungsländern. 1976 exportierten wir dorthin für 46 Milliarden DM - damit wurden 850.000 Arbeitsplätze bei uns geschaffen oder gesichert. 42.000 Arbeitnehmer erzielten bei uns 1976 allein durch rückfließende Exportaufträge aus unserer Entwicklungshilfe ihr Einkommen.

Die Politik des offenen Marktes - wir sind der liberalste Importmarkt aller Industrieländer - dient dem Wohlstand aller hier bei uns und in fernen Ländern. Dazu gehört auch eine Politik, die den Strukturwandel fördert und erleichtert: eine vorausschauende Strukturpolitik. Bei allen Mängeln, die ich nicht vertuschen will, ist uns in der Bundesrepublik diese Strukturpolitik vergleichsweise gut gelungen. Anderswo sind die Realeinkommen seit der Ölkrise gesunken oder haben stagniert. Die Veränderung des real verfügbaren Einkommens je Einwohner (also nach Abzug von Preissteigerungen und Abgaben) betrug in England 1973 bis 1977 minus 0,7 Prozent, in Italien plus 0,2 Prozent, in den USA 4,8 Prozent. In der Bundesrepublik hatte jeder Einwohner 1977 durchschnittlich zehn Prozent mehr reale Kaufkraft als vor der Ölkrise.

Wir sollten weltwirtschaftlichem Wandel nichts entgegenstellen. Der vermehrte Export von Denkarbeit für Planung und Bau großer Anlagen, von Präzisionsartikeln und Qualitätswaren bewirkt bessere Arbeitsbedingungen, mehr Lohn, intelligente Arbeit, die mehr Ausbildung erfordert. Darum ist eine bessere Ausbildung keine Beschäftigungstherapie, sondern eine der wichtigen Grundlagen unserer zukünftigen Wettbewerbsfähigkeit.

Mitbestimmung, Sozialgesetzgebung, Tarifpolitik, flexibler Einsatz von Arbeit und Wille zum Produktivitätsfortschritt bewirken bei uns die notwendigen Anpassungen ohne die soziale Sicherheit zu gefährden. Die Regierung steht in diesen Fragen Seite an Seite mit den Kollegen und Kolleginnen des DGB. (-/30.5.1978/ks/lo)

+ + +

Gute Chancen für Ausweitung des China-Handels

Beziehungen zu Peking richten sich nicht gegen Dritte

Von Dr. Klaus von Dohnanyi MdB
Staatsminister im Auswärtigen Amt

Der chinesische stellvertretende Ministerpräsident Ku Mu hält sich zur Zeit auf Einladung der Bundesregierung zu einem zehntägigen Besuch in der Bundesrepublik Deutschland auf. Er wird von zahlreichen hohen Mitgliedern und Experten der chinesischen Wirtschaftsverwaltung begleitet.

Mit diesem Aufenthalt macht die chinesische Führung deutlich, daß sie sich vor Ort über die Möglichkeiten verstärkter deutsch-chinesischer Zusammenarbeit insbesondere im Bereich der Wirtschaft informieren möchte. Ku Mu ist hierfür besonders prädestiniert; er gilt als hervorragender Repräsentant der chinesischen Politik, die die wirtschaftliche und technologische Zusammenarbeit mit den westlichen Industriestaaten bei der Entwicklung des Landes möglich macht.

Die deutsch-chinesischen Wirtschaftsbeziehungen haben sich seit 1972, dem Jahr, in dem die diplomatischen Beziehungen aufgenommen wurden, insgesamt günstig entwickelt. Die Bundesrepublik Deutschland nimmt seit vielen Jahren nach Japan die zweite Stelle unter den Handelspartnern der VR China ein. Der deutsch-chinesische Warenumsatz betrug im Jahre 1977 DM 1.824 Millionen; der deutsche Außenhandelsüberschuß belief sich auf DM 494 Millionen. Die Aussichten für die Zukunft sind günstig. Ku Mu betonte ausdrücklich die chinesische Bereitschaft, im Rahmen der Entwicklungspläne mit uns zusammenzuarbeiten.

Beide Seiten stimmen überein, gleichzeitig die Kontakte der VR China mit der Europäischen Gemeinschaft zu intensivieren. Mit dem Abschluß des Handelsabkommens mit der Europäischen Gemeinschaft in diesem Jahr hat die VR China bereits ein erstes Zeichen gesetzt. Sie hat damit auch ihr Interesse an dem europäischen Einigungsprozeß dokumentiert.

(-/30.5.1978/ks/10)

+ + +

Rechtsradikalismus nicht verharmlosen

CDU-Stellungnahmen zu Neonazi-Aktivitäten sind korrekturbedürftig

Von Lothar Schwartz

Sprecher des SPD-Vorstandes

Die zunehmenden Aktivitäten neonazistischer Gruppen sind in den Blickpunkt der Öffentlichkeit gerückt. Nach neuesten amtlichen Erkenntnissen sind sie der Zahl nach innerhalb des letzten Jahres von 600 auf über eintausend gestiegen. Die Sicherheitsbehörden gehen zudem davon aus, daß sich innerhalb der rechtsextremistischen Szene ein harter Kern von Terroristen herangebildet hat, dessen kriminelle Energie mit dem verbrecherischen Potential im linksextremistischen Lager vergleichbar sein soll.

Angesichts solcher Tatsachen darf und kann es nicht länger erlaubt sein, Besorgnisse von im In- und Ausland ausgewiesenen makellosen Demokraten über sich verstärkende Erscheinungen eines Neonazismus und ihre fahrlässige Hinnahme, Bagatellisierung oder stillschweigende Duldung als absichtsvolle Dramatisierung oder taktische Ablenkungsmanöver zu denunzieren.

In diesem Zusammenhang ist an einen Brief und sein Echo zu erinnern, den der SPD-Vorsitzende am 12. Juli 1977 an Bundeskanzler Helmut Schmidt gerichtet hatte. In dem Schreiben von Willy Brandt hieß es u.a.: "Dem Parteivorstand der SPD gehen in der letzten Zeit Schreiben zu mit Klagen über Treffen von sogenannten Kameradschaftsbünden, rechtsextremen Kampfverbänden und politischen Gruppen, bei denen öffentlich nazistische Symbole gezeigt und entsprechende Gedanken vertreten werden, gegen einzelne Bevölkerungsgruppen gehetzt wird und unverhohlen zum Kampf gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung aufgerufen wird. Ich weiß, daß es sich bei den Veranstaltern und Teilnehmern um eine deutliche Minderheit in unserem Lande handelt. Diese Vorgänge stoßen aber bei vielen unserer Bürger vor allem dann auf Unverständnis oder sogar Besorgnis, wenn die Veranstaltungen mit Wissen und Billigung der zuständigen Verwaltungsbehörden stattfinden und diejenigen, die sich gegen solche Umtriebe wenden, Versammlungsverbote und Strafverfolgung hinzunehmen haben."

Dazu einige Reaktionen aus den Reihen der Opposition: Der CDU-Bundestagsabgeordnete Dr. Hans H. Klein erklärte am 23. August 1977 im PresseDienst seiner Fraktion: "Daß es solcher Ermahnungen nicht bedarf, weiß Brandt selbst nur zu genau - die jährlichen Verfassungsschutzberichte der Bundesregierung legen dafür Zeugnis ab. Brandt weiß natürlich auch, daß derzeit vom Rechtsradikalismus keine ernsthafte Bedrohung der Bundesrepublik ausgeht. Seine Attacke gegen die Bundesregierung kann mithin nur als Versuch seiner Ablenkung von den ersten Gefahren des Linksextremismus angesehen werden, die Brandt wohl den mit dem Kommunismus sympathisierenden und kooperierenden Kräften in seiner eigenen Partei schuldig zu sein glaubt."

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Willi Weiskirch schrieb am gleichen 23. August 1977 in der "Aachener Volkszeitung": "Aber meint Willy Brandt das wirklich? Es gibt keinen ernstzunehmenden Beleg - schon gar keinen Hinweis aus irgendeinem Wahlergebnis - dafür, daß sich hierzulande eine politische Bewegung vom Schlage der NSDAP formieren könnte. Wenn es derzeit überhaupt eine Gefährdung unseres Staatswesens durch extremistische Gruppen gibt, dann hat man sie an der linken Peripherie des politischen Spektrums zu suchen. Der Verdacht liegt nahe, daß Brandt das Augenmerk der Öffentlichkeit nach rechts lenken wollte, um das Blickfeld nach links einzuengen."

Der Vorwurf der "Nestbeschmutzung" durfte natürlich in dieser demagogischen Begleitmusik nicht fehlen. So Weiskirch: "Wenn seit Tagen der 'hässliche Deutsche' wieder durch

die Zeitungen in unseren Nachbarländern geistert, dann nicht zuletzt deshalb, weil Willy Brandt mit seiner törichten Neonazismus-Äußerung ein markantes Stichwort dazu geliefert hat". Und der Berliner CDU-Vorsitzende Peter Lorenz: "Doch der Brief des SPD-Vorsitzenden an den Bundeskanzler ist so manchen deutschfeindlichen Zeitungen im Ausland eine willkommene Quelle für Zitate, um das Bild vom 'hässlichen Deutschen' zu begründen."

Der vom CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß herausgegebene "Bayern-Kurier" legte in diesem agitatorischen Konzert noch einen Giftzahn zu: "Wieder einmal erweist sich Brandt als verlässlicher Anwalt sowjetischer Westpolitik. Kein Wunder, daß die linken Agitatoren in West und Ost die Brandt-Botschaft begierig aufgegriffen haben, sie zum 'Beweis' ihrer antifreiheitlichen Denunziation herangezogen und gleichzeitig auch die Konservativen mitdiffamierten. Die Rechnung des SPD-Vorsitzenden, sich selbst ins rechte Licht zu rücken und die demokratische Opposition gleichzeitig zu verleunden, ist aufgegangen. Zum Schaden für Deutschland."

Das alles liegt noch kein volles Jahr zurück. Und jetzt macht die Entstehung und Ausweitung eines auch zum Terror entschlossenen Neonazismus Schlagzeilen, beispielsweise in der "Bonner Rundschau", einem Blatt, das gewiß nicht in Verdacht steht, für die SPD und ihren Vorsitzenden eine Lanze brechen zu wollen. Und die Delegierten des 11. DGB-Kongresses in Hamburg faßten angesichts "neofaschistischer Gruppen in der Bundesrepublik, die wie Giftpilze aus dem Boden schießen", einstimmig eine Entschliebung, in der ein Verbot neofaschistischen Propagandamaterials, die Ausschöpfung aller rechtlicher Möglichkeiten zur Bekämpfung neofaschistischer Organisationen und Aktionen sowie die Verpflichtung zur Behandlung des Faschismusproblems im Geschichts- und Politikunterricht aller Schulden gefordert wird.

Die Opposition hat bisher zu diesen Fakten und Vorgängen geschwiegen. Es dürfte dabei nicht einmal eine naheliegende Betretenheit im Spiele sein. Vielmehr scheint sie entschlossen, die größer werdenden braunen Flecken auf unserer demokratischen Weste zu ignorieren oder zu minimieren, um sich weiterhin auf ihre Hexenjagd im linken Spektrum unserer Gesellschaft konzentrieren und nur dort Verfassungsfeinde ausmachen zu können.

Wenn die bei der gegenwärtigen Diskussion um den sogenannten "Radikalen-Erlass" vom CDU-Vorsitzenden Dr. Kohl wieder einmal in den rhetorischen Gebrauch genommene "Gemeinsamkeit der Demokraten" nicht unwiderruflich zur billigen Floskel für jeden propagandistischen und parteitaktischen Mißbrauch verkommen soll, dann wäre seitens der Opposition jetzt ein klares Wort zur Reaktivierung des Rechtsradikalismus und ein tätiges Bekenntnis zu entschlossener Abwehr fällig. Daß sich damit sogar eine Äußerung des Bedauerns zu den Unterstellungen verbinden könnte, die im Sommer 1977 unter dem Stichwort "Brandts blinder Alarm" von Sprechern und Sprachrohren der CDU und CSU an den erwähnten Brief des SPD-Vorsitzenden geknüpft worden waren, ist bei dieser Opposition wohl auszuschließen.

(-/30.5.1978/hl/10)

Verhältnis zwischen SPD und Ärzteschaft entkrampfen

Sewering-Rücktritt bietet Chance für einen Neubeginn

Von Udo Fiebig MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Ausschuß für Jugend, Familie und Gesundheit

Noch einmal, allerdings das letzte Mal, beschäftigte sich der Deutsche Ärztetag mit der Rolle seines Präsidenten, Professor Dr. Hans-Joachim Sewering. Dann jedoch, ganz nach dem Motto "lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende" setzten die Delegierten dem gespenstigen Treiben ein Ende: Sie verweigerten ihrem obersten Repräsentanten ihr Vertrauen. Sie zogen damit einen Schlußstrich unter eine Entwicklung, deren lange schwebende, krisenhafte Zuspitzung sich auf Jahre hinaus zurückverfolgen ließ. Der Rücktritt Sewerings von seinem Präsidentenamt war fällig, ja überfällig, die von ihm und seinen Mitstreitern unternommenen Entlastungsversuche waren beschämend und haben manchen Ärztetagsdelegierten tief getroffen.

Es ist nicht so, als sei Sewering der Hetzjagd eines sogenannten "Linkskartells" aus SPD, DGB-Gewerkschaften und Ortskrankenkassen zum Opfer gefallen, wie einige seiner Anhänger jetzt behaupten. Das Gegenteil ist der Fall: Er ist zuvörderst an sich selbst gescheitert. Sein Unvermögen, in einem politischen Amt politisch zu agieren, sein Unvermögen zu begreifen, daß persönliche Verhaltensweisen, die in ihren politischen Auswirkungen fragwürdig sind, nicht durch eine Reihe von Prozessen ihrer Fragwürdigkeit entkleidet werden können, dies waren die Ursachen der Entwicklung. Die Aufstellung von fachfremden Diagnostik-Automaten und ihre gewerbliche Nutzungsüberlassung an andere Ärzte bedeutet eine völlige Veränderung des herkömmlichen Verständnisses unserer Gesellschaft von Arzt, seinen Aufgaben und Pflichten. Unabhängig von der sicherlich wichtigen juristischen Frage, ob dies überhaupt erlaubt ist, ist doch die entscheidende politische Frage, ob dieser Schritt zu einer mehr gewerbmäßig vollzogenen ärztlichen Berufsausübung ausgerechnet von obersten Ärzterepräsentanten vollzogen werden dürfte. Dieses Problem hat Sewering nie begriffen.

Es liegt auf der Hand, daß der Ärztetag nach einer langwierigen Personaldiskussion keine ausreichende Zeit mehr für seine Sacharbeit fand. Er hat zunächst einen Nachfolger für Sewering gewählt. Der neue Präsident des Ärztetages, der Bremer Unfallchirurg Dr. Karsten Vilmar, ist der SPD bekannt durch seine langjährige Tätigkeit als Vorsitzender des Verbandes der angestellten und beamteten Ärzte. In dieser Tätigkeit hat er sich auch bei uns Anerkennung erworben. Die SPD-Fraktion schätzt ihn als sachkundigen Ratgeber. Wir hoffen sehr, daß mit ihm eine Möglichkeit geboten wird, das Verhältnis zwischen SPD und Bundesärztekammer endlich auf eine tragfähige Grundlage zu stellen. Die SPD-Fraktion des Deutschen Bundestages erklärt ihre Bereitschaft, in sachdienliche Gespräche einzutreten, um in der Gesundheitspolitik Fortschritte für die Patienten zu erzielen, und wünscht dem neuen Präsidenten der Bundesärztekammer viel Erfolg in seinem Amt.

(-/30.5.1978/ks/10)

+ + +